

In dem Maße, wie sich die Beziehungen in den Betrieben einem neuen Partnerschaftsverhältnis zuwenden, müssen die Vorgesetzten bereit und in der Lage sein, zu einem neuen Rollenverständnis zu finden. Die Veränderung der menschlichen Beziehungen im Betrieb liegt wesentlich in ihren Händen. Sie sollten auch dazu beitragen, daß Arbeiter und Angestellte keine unterschiedliche Behandlung mehr erfahren; die gesetzlich fundierte Unterscheidung nach Arbeitern und Angestellten ist im Grunde überholt. Das bedeutet die Einführung eines nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommenen leistungsgerechten Entgeltsystems für Arbeiter und Angestellte. Dabei sollte neben anderem auch dem Handlungs- und Entscheidungsspielraum gebührend Rechnung getragen werden, um so der Entfaltungsmöglichkeit und der Übernahme von Verantwortung Anreiz zu geben. Nicht zu unterschätzen ist indessen auch die Bedeutung des Verhältnisses der Mitarbeiter untereinander. Auch hier läßt sich durch ein Werben um Verständnis und Kooperation ein wesentlicher Beitrag zur Humanisierung leisten.

3. Berufliches Fortkommen dient der Selbstbestätigung

Berufliche Aus- und Weiterbildung haben bei den Bemühungen um eine weitere Humanisierung der Arbeitswelt einen hohen Stellenwert. Bei der Auswahl und dem Einsatz der Mitarbeiter muß das Ziel weitgehender Übereinstimmung von Arbeitsanforderung und individueller Eignung konsequent angestrebt werden, um so auch die Fähigkeiten des einzelnen zur vollen Entfaltung zu bringen. An Arbeitsplätzen, deren Anforderungen unterschiedlich als Belastung empfunden werden, sollte auf die Eignung der Mitarbeiter für die vorgesehene Aufgabe besonderer Wert gelegt werden. Darüber hinaus müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, geeigneten Mitarbeitern *Chancen zur Höherqualifizierung* zu geben. Wer die Chancen der persönlichen Entfaltung in der Arbeitswelt erfolgreich nutzt, erwartet verständlicherweise ein berufliches Fortkommen. Die unterschiedlichen Anlagen und Fähigkeiten müssen aber auch in dem Sinne berücksichtigt werden, daß älteren und leistungsgeminderten Mitarbeitern besondere Aufmerksamkeit zugewandt wird. Ihren Bedürfnissen und Befähigungen in besonderer Weise Rechnung zu tragen ist kein geringer Beitrag zur Humanisierung.

4. Die Förderung tüchtiger Mitarbeiter verlangt eine leistungsgerechte Entlohnung

Eine humane Gestaltung der Arbeitswelt und eine anforderungs- und leistungsgerechte Entgeltregelung stehen in engem Zusam-

menhang. Den Mitarbeitern sollten die unterschiedlichen Arbeitsanforderungen durch Funktions- und Stellenbeschreibungen durchschaubar gemacht werden. Dies muß durch eine systematische Leistungsbeurteilung ergänzt werden, die ein offenes Gespräch mit dem Betroffenen einschließt. Das Ziel sollte sein, daß der Mitarbeiter in seinem leistungsbezogenen Entgelt persönliche Befriedigung und Bestätigung findet.

5. Gute Information fördert die Zufriedenheit mit der Arbeit und die Zusammenarbeit

Ein wichtiges Mittel zur Gestaltung einer humanen Arbeitswelt ist die *Information*.

Die Mitarbeiter müssen über alle Fragen unterrichtet sein, die sie persönlich angehen. Sie sollten das Ergebnis ihrer Arbeit kennen (Sichtbarmachung des Leistungsergebnisses) und wissen, wie ihre Leistung und ihr Verhalten im Betrieb bewertet werden (systematische Beurteilung mit offener Aussprache). Auch das Aufzeigen von Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb zählt zu den Informationen, die für den Mitarbeiter wichtig sind. Der Mitarbeiter soll aber nicht nur sein eigenes Aufgabengebiet kennen; er muß auch über die Gesamtzusammenhänge und Ziele des Betriebes unterrichtet sein. Das schließt ein, daß er über zu erwartende Änderungen technischer, organisatorischer und personeller Art, die seinen Arbeitsbereich berühren, unterrichtet ist. Ebenso wichtig ist es, den Mitarbeitern die Einordnung ihrer Aufgabe in das Gesamtgefüge des Betriebes zu verdeutlichen und sie über die wesentlichen betrieblichen Entwicklungen unterrichtet zu halten. Betriebliche Informationen geben dem einzelnen Sicherheit, lösen ihn aus der Isolierung seines Arbeitsplatzes und beziehen ihn in die betriebliche Arbeitsgemeinschaft ein.

Jede Information muß so erfolgen, daß sie von den Beteiligten voll verstanden werden kann. Die Information darf keine „Einbahnstraße“ sein. Information muß in beiden Richtungen gehen: Der Mitarbeiter muß anhören und gehört werden. Dies ist auch die Grundlage einer erweiterten verantwortungsbewußten Mitwirkung des Mitarbeiters bei betrieblichen Problemlagen. Ein wesentlicher Beitrag hierzu wäre, die Mitarbeiter bei der Planung von Arbeitsräumen, Arbeitsabläufen oder Arbeitsplätzen, die sie selbst betreffen, zu Rate zu ziehen.

Die christlichen Unternehmer fühlen sich aufgerufen, auf dem beschriebenen Weg auch in einer Zeit, in der die Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsplätzen das vordringliche Problem darstellt, aus christlicher Verantwortung Initiativen zu ergreifen und beispielhaft voranzugehen.

Länderbericht

Hoffnung für Nordirland?

Gibt es die Möglichkeit einer gesamtirischen Lösung?

Nach fast neun Jahren bürgerkriegsähnlicher Zustände bleiben die Probleme Nordirlands jeglicher politischen Lösung verschlossen. Die historisch bedingte gegenseitige

Verfeindung zweier Gemeinschaften, die von ihrer religiösen Zugehörigkeit und den damit eng verbundenen kulturellen, sozialen und politischen Strukturen gekenn-

zeichnet sind, konnte auch von den letzten hoffnungsvollsten Erscheinungen dieser endlosen Tragödie nicht durchbrochen werden: von der *Friedensbewegung*, die im Grunde eine Absage an Gewalthandlungen in den eigenen Nachbarschaften ist, von dem mißlungenen Versuch der protestantischen Extremisten, der Provinz durch einen neuen Generalstreik ihren politischen Willen aufzuzwingen, und von der allmählichen Verminderung terroristischer Akte, die nicht nur der größeren Wirksamkeit der britischen Truppen und nordirischen Polizei oder einer allgemeinen Erschöpfung zuzuschreiben ist, sondern auch von einer *wachsenden Ablehnung der Terroristen*, ihrer vermeintlichen Beschützer, seitens der beiden leidgeprüften Gemeinschaften.

Geschichte mit Belastungen

Das nordirische Staatsgebilde entstand als Verlegensheitslösung und direkte Konsequenz des *fait accompli* des Freistaats, den der irische Süden durch seine Auflehnung gegen die Briten geschaffen hatte. Die Bevölkerung des nordirischen Ulster, Nachkommen der vor Jahrhunderten angesiedelten presbyterianischen Schotten, lehnte es ab, dem katholischen irischen Staat beizutreten, wie umgekehrt ihre Forderung eines vereinten Irlands unter der britischen Krone den Dubliner Freiheitskämpfern unannehmbar war. Die Weigerung von einer Million Protestanten, der Mehrheit im Norden, in einem vereinten katholischen Viereinhalb-Millionen-Irland zur Minderheit zu werden, liegt nach wie vor dem Nordirland-Konflikt zugrunde.

Die noch von dem liberalen britischen Premierminister *Lloyd George* 1920 geschaffene Kompromißlösung hatte, zumindest auf dem Papier, eine Vereinigung des nördlichen und südlichen Inselteils offengelassen, mit untergeordneten Landesparlamenten und Regierungen sowie einem, deren Zusammenarbeit dienenden, Gesamtirlandrat. Danach dachte man noch an eine Union der beiden Teile Irlands mit der großen britischen Nachbarinsel, der die kleinere Insel aufgrund ihrer Lage seit eh und je, auf Glück und Unglück, ausgeliefert war. Erst die Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft hat die *traditionelle wirtschaftliche Englandabhängigkeit* der Republik und auch manche historisch und psychologisch bedingten Komplexe dem mächtigen Nachbarn und Unterdrücker gegenüber gelockert. Aus der Zugehörigkeit zu einer größeren europäischen Einheit möchte Dublin heute der alten Idee einer irischen bundesstaatlichen Lösung neue Gültigkeit verleihen.

Im irischen Zusammenhang von einer „*Wiedervereinigung*“ zu sprechen ist strenggenommen irreführend, da Irland im Grunde nur in den Jahrhunderten der englischen Herrschaft eine politische Einheit war. Die irische Republik hält in ihrer Verfassung noch den territorialen Anspruch auf die gesamtirische Vertretung aufrecht, betrachtet diesen aber nicht mehr im Sinne des traditionellen Irredentismus, daß Großbritannien Nordirland an den

Süden abzutreten habe, sondern daß die politische Vereinigung nur auf der Basis eines nordirischen Konsenses erzielt werden könne. Dieses Verständnis gilt es jedoch zunächst der protestantischen Mehrheit beizubringen, deren Furcht vor katholischer Übermacht, so irrational sie wirkt, echt und von den anhaltenden katholisch-klerikalen Machtansprüchen motiviert ist. Dublin glaubt, die Interessen des Nordens, zumal seiner Landwirtschaft, gemeinsam mit den ähnlichen eigenen in Brüssel besser vertreten zu können als eine britische Regierung, die ihre EG-Mitgliedschaft negativ ausübt und Nordirland als Randregion betrachtet, ganz abgesehen von der schweren Bürde, die Großbritannien an der Präsenz britischer Soldaten und an wirtschaftlichen Subventionen – jährlich nicht weniger als 5 Milliarden DM – zu tragen hat.

Nachdem dann das Blutbad von Londonderry im Januar 1972 die Gefahr eines Machtmißbrauchs der Truppen seitens der *autonomen nordirischen Unionisten-Regierung* verdeutlicht hatte, sah die konservative Regierung *Edward Heath* sich genötigt, das Stormont-Regime abzuschaffen, bis die beiden Gemeinschaften allerseits akzeptable Regierungsformen eines *modus vivendi* ausgearbeitet haben würden. Nordirland wird seither von Westminster aus regiert. In der berühmten, von Heath organisierten Sunningdale-Konferenz wurde dann das als Koexistenzmöglichkeit entwickelte Prinzip einer „politischen Machtteilung“ verkündet, das seither gemeinsame Londoner und Dubliner Bemühungen (zumal die Briten zum erstenmal die „irische Dimension“ des Nordirlandkonflikts, d. h. ein Mitspracherecht anerkannten) um eine Lösung dominiert hat. Dieses Prinzip konnte jedoch nicht durchgesetzt werden, vor allem weil die nordirische Mehrheit jede derartige Veräußerung „demokratisch“ erzielter Macht ablehnte. Ein erster Versuch, die irischen politischen Vertreter mit britischer Unterstützung zur „Machtteilung“ zu bewegen und damit die Rückerstattung einer gewissen Autonomie zu ermöglichen, wurde von einem Generalstreik der protestantischen Arbeiterschaft vereitelt. Ein zweiter Versuch, bei dem London sich dann unter der Regierung *Wilson* von allen politischen Hilfeleistungen distanzierte und die gewählten nordirischen Politiker allein gewähren ließ, endete ebenfalls im Fiasko. Nordirland war offenbar nicht zu einem solchen besondere politische Selbstüberwindung erfordernden Experiment reif.

Warum die Briten nicht abziehen

Aber auch die britischen Politiker ließen an solcher Reife zu wünschen übrig. Der konservative Nordirlandminister *Whitelaw*, der damalige Oppositionsführer *Harold Wilson* sowie der sozialistische Nordirlandminister *Rees* haben alle geheime Gespräche mit den IRA-Provos geführt und diese damit in dem irrigen Glauben bestärkt, daß, wenn sie ihre Terrorakte nur noch einige Zeit fortsetzen würden, die britische Regierung zur Kapitulation und zum Abzug ihrer Truppen bereit sein würde. Überdies haben beide britische Parteien in ihren Versuchen, die nordirischen

Politiker zu beeinflussen, diesen einen übertriebenen Sinn ihrer Wichtigkeit gegeben und sie dazu verleitet, es auch mit dem Prinzip der Machtteilung nicht so ernst zu nehmen. Die Konservativen bestärkten die einst mit ihnen verbündeten nordirischen Unionisten in ihrer Unnachgiebigkeit. Die Minderheitsregierung *Callaghan* verhandelte mit den zehn in Westminster vertretenen Unionisten, darunter mit dem früheren konservativen Rebell *Enoch Powell*, um sich deren Unterhausstimmen zu versichern, als eventuellen Ersatz für die mit den Liberalen erzielten Abmachungen der Labourregierung. Als Preis für diese ungewöhnliche Allianz mit der nordirischen Rechten soll im Zuge der Vorschläge für eine begrenzte Autonomie in Schottland und Wales auch die nordirische Vertretung in Westminster auf 17 Abgeordnete erhöht werden, da Nordirland wegen seines inzwischen abgeschafften eigenen Parlaments Anspruch auf stärkere und adäquate Vertretung in Westminster hat.

Warum ziehen die Briten nicht aus Nordirland ab? fragt man sich, zumal im Ausland, wo man während des letzten Jahrzehnts diesen mit seinen grausamen Begleiterscheinungen an mittelalterliche Religionskriege erinnernden Konflikt unverstehend verfolgt hat. Das Weltinteresse ist seit über einem Jahr, seitdem die Statistik der Gewalttätigkeit gefallen ist, geschwunden. Tausende von britischen Soldaten stehen aber weiter im Einsatz. Der *Partisanenkrieg* kann immer wieder aufflackern, ist auch gar nicht zu gewinnen. Solange britische Armeestreifen durch die Straßen der katholischen Armenviertel Nordirlands ziehen, wird die verhetzte und arbeitslose Jugend dieser Gettos in die Arme der irischen republikanischen Armee (IRA) als ihre vermeintlichen Beschützer getrieben werden. Es wird behauptet, Nordirland sei ein etwa dem Algerien, Aden oder Indien von einst vergleichbares Kolonialproblem. In Wirklichkeit ist es ein Teil Großbritanniens, weil das der Wille der Mehrheit seiner eineinhalb Millionen starken Bevölkerung ist. Kein Anzeichen einer Veränderung dieser Zugehörigkeit ist zu erkennen. Das soziale und wirtschaftliche Leben ist eng mit dem britischen verbunden. Die nordirische Arbeiterschaft, Katholiken wie Protestanten, sind auf eigenen Wunsch der britischen Gewerkschaftsbewegung angeschlossen. Das sind nicht die Merkmale einer letzten Endes die Abtrennung vom Mutterland anstrebenden Kolonie.

Nichtsdestoweniger ist die Propaganda der nordirischen Terroristen, die sich von den deutschen darin unterscheiden, daß ihre Ziele politisch-nationalistisch motiviert und, wenn überhaupt, nur indirekt systemzerstörend anarchistisch sind, bemüht, einen „kolonialen Charakter“ des Nordirlandkonflikts zu betonen und somit den „britischen Abzug“ als erstrebenswertes Ziel zu fordern. Darin, wiewohl natürlich nicht in den von den IRA-Provos verwendeten Methoden, wird ihr neuerdings von den politischen Parteien der irischen Republik und der in Nordirland die Interessen der Katholiken vertretenden sozialdemokratischen und Labour Party (SDLP) beigeplottet. Auch der Primas der katholischen Kirche Gesamtirlands,

Erzbischof *Tomas O'Fiaich*, der seinen Sitz in Armagh, Nordirland, hat, sprach sich für einen britischen Truppenabzug aus, nachdem er bereits im vergangenen September, als er die Nachfolge des verstorbenen Kardinals Conway antrat, seine irisch-nationalistischen Sympathien bekundet und die britische Truppenpräsenz in Nordirland kritisiert hatte.

Irische Einigung möglich?

Diese irischen Initiativen sind offenbar ein Versuch, einen Ausweg aus der politisch festgefahrenen Nordirland-Politik zu finden. Sie mögen aus einem kurzen Überblick der letzten Jahre der nordirischen Entwicklung verständlich werden. Nachdem eine britische Regierung nach der anderen fünfzig Jahre lang von der Ausübung ihrer parlamentarischen Gewalten in Nordirland Abstand genommen und diese den Politikern der regierenden Mehrheit in Belfast überlassen hatte, war im Herbst 1969 auf Druck der Bürgerrechtsbewegung die Einführung lange überfälliger politischer, rechtlicher und Kommunalreformen nötig geworden. Die Mißstände in Nordirland sind seither von der nationalistischen Propaganda aufgebauscht worden. Im Grunde war die *soziale Ungerechtigkeit* in Nordirland quantitativ nicht größer als in anderen Teilen des Vereinigten Königreichs, was sie jedoch besonders kennzeichnete, war die Tatsache, daß die *Katholiken* die Hauptleidenden waren. Sie wurden in ihrem zweitrangigen Bürgerstatus überdies durch systematische Demütigungen seitens der Mehrheit bestärkt, wie etwa durch die jährlichen, zu protestantischen Machterweisen gestalteten Gedenkfeiern des Oraniersiegs im 17. Jahrhundert. Ein solcher Umzug führte 1969 zur katholischen Auflehnung und zur anfangs von der Minderheit begrüßten britischen Truppenintervention.

So kam es in diesem Januar zu der Aufforderung des irischen Premierministers *Jak Lynch* an die Briten: „Wir wünschen, daß sie (die britische Regierung) ihr Interesse an der Zusammenführung des irischen Volkes bezeigen und auch erklären sollen, daß sie Irland als ganzem wenig zu bieten haben.“ Der massive Wahlsieg Lynchs im Juni 1977 schien allen Beteiligten auf wirtschaftlichen Gründen zu beruhen. Der Nordirland-Konflikt spielte in dem Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Das *mangelnde Interesse der Bevölkerung der Republik* an den Geschehnissen im Norden schien wiederum bestätigt. Im Rückblick sieht es jedoch so aus, als ob die von *Fianna Fail*, der Partei de Valeras, die die südirische Unabhängigkeit erkämpft hatte, in der Opposition ausgearbeitete Nordirlandpolitik mehr damit zu tun hatte, als man dachte. Die von Großbritannien jetzt erwünschte Ermutigung zur irischen Einheit, die Forderung einer britischen Absichtserklärung „zum geordneten Abzug aus Nordirland“ (der Termin bleibt offen) sowie die unwiderlegbare Dubliner Feststellung, daß die Berücksichtigung der nordirischen Mehrheitswünsche, auf der Großbritannien be-

steht, einer „eingebauten“ Ablehnung der irischen Einigung gleichkomme, liegt der Traum eines irischen Kondominiums auf bundesstaatlicher Basis zugrunde, in dem die Eigenständigkeiten des irischen Nordens und Südens gewahrt werden könnten. Großbritannien würde, gemeinsam mit Dublin, in einer Interimszeit von 20 bis 25 Jahren die Verantwortung für Nordirland teilen, aber die finanziellen Bürden weiter allein tragen. Der Plan scheint die Vernunft nicht weniger zu befriedigen als das *Prinzip der Machtteilung*, doch wie dieses dürfte auch die noch ambitionösere föderale Lösung an dem Widerstand der nordirischen protestantischen Mehrheit scheitern. Eine im Januar durchgeführte Meinungsuntersuchung zeigte, daß 47 Prozent der nordirischen Mehrheit ein Sonderverhältnis mit dem Süden wünschen. Dublin wird aber noch lange auf dem Weg, den sein Regierungschef Lynch selbst als „schleichenden Föderalismus“ definiert hat, zu gehen haben, bis der harte Kern der Ulsterschen Protestanten bereit sein wird, das traditionelle Band mit einem protestantischen Britannien gegen eines mit einem „geläuterten“ katholischen Irland einzutauschen.

Demokratische Mehrheitsentscheidung nicht zu umgehen

Die britische Regierung basiert ihre im wesentlichen auch von allen anderen britischen Parteien gebilligte Nordir-

landpolitik auf drei Gesichtspunkte. 1. Großbritannien wünscht eine Lösung des Problems, sieht aber keine Möglichkeit, diese gewaltsam zu erzwingen. 2. Das Ziel der „irischen Einigung“, für die Dublin gegenwärtig um internationale Unterstützung wirbt, wird von London in diesem Zusammenhang als „hinderlich“ angesehen, weil die Bemühungen um die politische Koexistenz der beiden Volksgruppen davon untergraben werden und die Mehrheit der nordirischen Bevölkerung nicht dafür zu gewinnen ist. 3. Der Status Nordirlands muß der demokratischen Mehrheitsentscheidung seiner Bevölkerung anheimgestellt bleiben, wie Großbritannien dies mehrfach versprochen hat.

Zweifellos würde England nach 800 Jahren seine noch in Ulster verbleibenden irischen Verstrickungen lieber heute als morgen loswerden. Die britischen Verpflichtungen der nordirischen Bevölkerung gegenüber verbieten einen Truppenabzug, für den es vorläufig auch keine Unterhaushälfte geben würde. Dieser Abzug ist derzeit auch nicht von den irischen Nationalisten in Dublin erwünscht, weil er aller Wahrscheinlichkeit nach die katholische Minderheit im Norden den Revanchegeleüsten der protestantischen Mehrheit ausliefern und Dublin in den Nordirland-Konflikt verwickeln würde. Die britische Präsenz garantiert zumindest der Minderheit Schutz vor den gewalttätigen Ausschreitungen der Mehrheit und dieser vor der von ihr vorläufig noch gewünschten britischen Verbindung.

Roland Hill

Themen und Meinungen im Blickpunkt

Wie kann das Christentum heute tradiert werden?

Soziologische Überlegungen zu innerkirchlichen Entwicklungen

Die Kirche ist längst als Gegenstand empirischer soziologischer Untersuchungen entdeckt. In der Regel geht das Interesse der Soziologen aber nicht über die Erfassung des faktischen Bestandes und vorgegebener Einstellungen hinaus. Dagegen sind systematische soziologische Reflexionen kirchlicher Wirklichkeit mit der Intention, der Kirche Handlungsorientierungen zu vermitteln, eher eine Seltenheit. Der in Bielefeld lehrende Schweizer Soziologe Franz Xaver Kaufmann ist bereits mehrfach mit solchen Versuchen hervorgetreten. Im folgenden geht er der Frage nach, wie der Status der Kirche in der gegenwärtigen Gesellschaft sowie damit zusammenhängende innerkirchliche Entwicklungen für die Chancen der Weitergabe des Christentums zu beurteilen sind. Eine umfangreichere, durch Anmerkungen und Beispiele ergänzte Fassung des Beitrags

wird im Herbst dieses Jahres in dem Sammelband „Kirchliche und nichtkirchliche Religiosität“ (Bd. 81 der Schriftenreihe Quaestiones disputatae) erscheinen. Eine größere Publikation des Verfassers, in der die hier entwickelten Gedanken in einem weiteren thematischen Zusammenhang expliziert werden, befindet sich in Vorbereitung.

Ein zentrales Problem der praktischen Theologie ist die Tradierung der christlichen Tradition. Wenn die Theologie dieses Problem in unserer Epoche gesteigerten sozialen Wandels angemessen bearbeiten will, muß sie lernen, Kirche in ihrer historischen und gesellschaftlichen Dimension zu begreifen. Hierzu ist sie in weit höherem Maße als bisher auf sozialwissenschaftliche Reflexionen angewiesen. Allerdings ist es nun keineswegs damit getan, daß man